

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Zur Landtagswahl.

Berlin, 17. Mai. Die „Reichsuniversale“ schreibt: Die fortschrittliche Volkspartei behauptet nach den bisherigen Berichten von den Wahlkreisen, die sie bisher entweder allein oder zusammen mit den Nationalliberalen im Besitz hatte, folgende: Königsberg, Thorn, Berlin I, II, III, IV und VIII, Charlottenburg, Stettin, Posen, Samter-Wirbaum, Trautmannsdorf, Bromberg, Mogilno-Wongrowitz, Hirschberg-Schönau, Halle, Nordhausen, Hagen-Schwelm und Lennep-Neumünster-Solingen. In der Stichwahl zu verteidigen, zum Teil ebenso wie bei den Wahlen von 1908, sind die Mandate in Frankfurt a. M., Lebus, Guben-Corau-Forst, Breslau, Piesnitz, Goldberg-Gaumnau. In allen diesen Wahlbezirken gegen die Konservativen, in Altona gegen die Nationalliberalen, in Altona, Kiel und Eberfeld-Barmen gegen die Sozialdemokraten. Noch unsicher, weil entweder genaue Wahlnachrichten noch nicht vorliegen oder erst das Ergebnis der Wahlmännerstimmabgaben abzuwarten ist, liegen die Dinge in Berlin X und XII und in Frankfurt a. M. Das eine Mandat, das die fortschrittliche Volkspartei heute Schöneberg-Neufölln an die Sozialdemokraten. Ferner hat die fortschrittliche Volkspartei von den Mandaten, die sie am Schluss der vorigen Legislaturperiode besaß, drei freiwillig an die Nationalliberalen abgetreten, nämlich je ein Mandat in Posen-Land, Hirschberg-Schönau und in Hagen-Schwelm. Gewonnen sind vorläufig die drei Mandate in Danzig, sowie ein Mandat in Gdansk-Lauban. In auschreitenden Stichwahlen sind sodann die Liberalen in Teltow-Besslow-Wilmersdorf, je das dort der Sieg Traubs wahrscheinlich ist, und in Kassel-Wilhelmshaven, wo der Fortschrittler über den Antisemiten zu siegen hat. Vollkommen unklar ist die Lage noch in Naumburg-Weißfels, in Pinneberg, in Halle-Forst und in Brandenburg-Weißhagen. Schließlich ist die fortschrittliche Volkspartei außer an den genannten Stichwahlen noch an dritter und vierter Stelle beteiligt in Osterholz-Numental, im Oberlausitzkreis, in Weimar und in Aurich-Wittmund.

Weitere Ergebnisse.

Westhavelland-Brandenburg (St.) Lauch-Pelsig. 358 konf., 44 natl., 157 Fortschritt. Volkspartei und 175 Sozialdemokraten. 22 Stichwahlen. Also zwischen Konservativen und Sozialdemokraten Stichwahl in Aussicht.
 Aurich-Wittmund. Nicht Stichwahl, sondern Verhöf (Freikoni.) mit geringer Majorität gewählt.
 Halbe-Neuburg (St. u. L.) Niersleben (St.) 307 national-liberale, 94 konservative Wahlmänner, darunter auf beiden Seiten viele Kompromißkandidaten, darunter ein konservativer, ein national-liberaler, 203. und Fortschritt. Volkspartei ein Wahlmann.
 Goarshagen-Rheingabtreis-Meißenheim. Landrat v. Berg (Freikoni.) 197. Baunternehmer Weil (Centr.) 161. Weingutbesitzer Buraer (Fortricht. Wrt.) 32. Stadtwortredner Lehmann (Soz.) 3 Wahlmänner.

Vermählung der Prinzessin Viktoria Margarete von Preußen.

Potsdam (Neues Palais), 17. Mai. Die Vermählung der Prinzessin Viktoria Margarete von Preußen mit Prinz Heinrich XXXIII. Meuß jüngere Linie ward heute Mittag hier vollzogen.

Das Brautpaar, die Eltern desselben und fünf von Meuß jüngere Linie verarmelten sich im Apollosaal, die Mitglieder der königlichen Familie und die höchsten Gäste im Musiksaal, der Dienst der allerhöchsten und höchsten Herrschaften im Willkürzimmer und das Gefolge des Brautpaares im Treppenzimmer. Die förmliche

Prinzessinnentronen

wurde durch Beamte des Hauschages herbeigebracht von einem Offizier und zwei Mann des Regiments der Garde du Corps bis an das Tafelkabinett geleitet. Hier bestieg die Kaiserin die Krone auf dem Haupte der Prinzessin. Während sodann im Apollosaal der Abschied der Ehegatten und darauf durch den Minister des königlichen Hauses, Grafen Eulenburg, die standesamtliche Ehefeier stattfand, begaben sich die im Musiksaal versammelten höchsten Herrschaften in die Kapellgalerie und nahmen dabeist auf der Fensterseite nach dem Altar zu Aufstellung.

Der Kaiser erteilte Befehl zum Beginn der kirchlichen Zeremonie. Oberhofmarschall Graf Eulenburg geleitete die Majestäten und das Brautpaar in die Kapellgalerie zu den Plätzen zur Rechten des Altars. Beim Eintritt in die Kapelle wurde das Brautpaar von Oberhofprediger Dr. Dörner und der übrigen Geistlichkeit empfangen und zu dem Altar geleitet. Der Bräutigam stellte sich zur Rechten der Prinzessin. Es erfolgte

die Trauung.

Der Altar war von Palmen, Blumengruppen und hohen Standelabern umgeben. Bei dem Eintritt des Brautpaares und der Majestäten sang der Domchor das Doppelquartett aus Mendelssohns Elias: „Denn er hat seinen Engels befohlen über dir“. Darauf sang die Gemeinde den Choral „Jesus geh voran“. Oberhofprediger D. Dr. Dörner sprach über 1. Mose, 12. Vers 2: „Ich will dich segnen und du sollst ein Segen sein“. Zum Schluß der Feier sang der Chor: „Wo du hingehst, da will auch ich hingehen“, von Glid-Becker. Sobald das Brautpaar die Ringe wechselte, gab die hinter den Communis aufgestellte Batterie des 2. Garderegimentes dreimal zwölf Kanonenschüsse ab. Nach dem Segensspruch begaben sich die Majestäten nach dem Musiksaal. Dort sprachen die Neuwermählten ihren Dank aus, wonach die Gratulationsreden der höchsten Persönlichkeiten erfolgten. Hieran begaben sich die Majestäten und Fürstlichkeiten in feierlichem Zuge nach dem Marmoraal zur Tafel. An der Vermählungsfeier und Tafel nahmen u. a. Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, Staatssekretär v. Jagow, Staatsminister v. Trott zu Solz und der russische Staatsminister v. Sinäber teil. Die Tafel war gestern mit weihen und rosafarbenen Rosen. Im Verlaufe des Mahles brachte

der Kaiser

das Wohl des neuwermählten Paares aus. Die Tafelmusik stellte das erste Garderegiment. Sie spielte „Wir wünschen dir den Jungferntanz“. Nach Beendigung der Tafel und der allgemeinen Gratulation begaben sich die Majestäten und das neuwermählte Paar im Zug über die rote Sammettreppe in die unteren Räume des Neuen Palais. Die Prin-

zessinnentronen wurde dem Beamten des Hauschages wieder überliefert. Zum Schluß geschah im Musiksaal, wobei sich alle Gäste begaben, die Verteilung des Strumpfbandes durch die stellvertretende Oberhofmeisterin der Prinzessin. Sodann verließen die Neuwermählten und die Hochzeitsgäste das Palais.

Potsdam (Neues Palais), 17. Mai. Der Kaiser verließ dem Prinzen Heinrich XXXIII. Meuß j. L. anlässlich seiner heutigen Vermählung mit der Prinzessin Viktoria Margarete von Preußen den Roten Adlerorden erster Klasse.

Der Kaiser hat dem russischen Staatsminister v. Sinäber den Kronenorden erster Klasse und dem russischen Oberhofmarschall Arbr. v. d. Heyden-Rojnski den Stern zum Kronenorden zweiter Klasse verliehen.

Deutsches Reich.

Die „Norddeutsche“ über die Veteranenfürsorge.

Berlin, 17. Mai. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ weist auf die ständig getrigene Fürsorge des Reichs für Veteranen hin, die von 1,8 Millionen Mark im Jahre 1895 auf 29 Millionen 1912 angewachsen seien. Die Wehrdienstempfänger seien zurzeit 245 070 von 368 000 lebenden Kriegsteilnehmern. Nach dem neuen Gesetz werde die Veteranenbeihilfe von 120 Mark auf 150 Mark jährlich erhöht. Weitergehenden Forderungen ständen Bedenken entgegen. Die allgemeine Wehrpflicht sei Ehrenpflicht. Das Reich sei nur zur Unterhaltung von Veteranen verpflichtet, die gesundheitlichen Schaden erlitten hätten. Die Beihilfe habe nur die Bedeutung der Erlösung einer Dankeschuld. Die von den Sozialdemokraten verlangte Erhöhung auf 360 Mark würde die Bereitstellung von 88 statt 37 Millionen erfordern. Das Reich jorge besser für die Veteranen als irgend ein anderer europäischer Staat. Russland und Oesterreich kennen keine Veteranenfürsorge aus öffentlichen Mitteln. Frankreich gewähre 60 bis 120 Francs jährlich nur an Veteranen mit mehr als zehnjähriger Dienstzeit. In Dänemark erhielten die Teilnehmer an dem Kriege von 1848 bis 1850 100 Kronen jährlich, die Veteranen von 1864 nicht. Italien verwende jährlich 6 Millionen Lire für die Veteranenfürsorge. In dem teurem Deutschen Reich die private Veteranenfürsorge mit großer Opferwilligkeit ein (— sofern man nämlich nicht für die „mit großer Opferwilligkeit“ angesammelten Mittel anderweitige Verwendungen bereit hat, wie in Ostpreußen. D. Red.)

Kleine politische Meldungen.

Berlin, 17. Mai. Die das „Berliner Tageblatt“ von zuverlässiger Seite aus Braunschweig erzählt, sind die Normalitäten soweit erledigt, daß schon für den Monat Oktober mit dem Einzug des Herzogs Ernst August von Braunschweig-Lüneburg und der Prinzessin Viktoria Luise als Herzogin und Herzogin zu rechnen ist.

Berlin, 17. Mai. Wie die „Täg. Nachr.“ an unrichtiger Stelle erfahren haben will, ist der Antrag der elsass-lothringischen Regierung, das Pressegesetz von 1874 auf das Reichsland auszudehnen und das Vereinsgesetz von 1908 zu ergänzen, bereits gestern im Bundesrat verteilt und an die zuständigen Ausschüsse weitergegeben worden. In eingeweihten Kreisen bezeichnet man den Unterstaatssekretär Mandel als den Vater des Antrags. Die Mehrheit der verbündeten Regierungen werde aller Voraussicht nach den Anträgen der elsass-lothringischen Regierung zustimmen, und die Vorschläge des Bundesrates würden im Herbst an den Reichstag gelangen.

Berlin, 17. Mai. Der „Lokalanzieger“ demotiert die Meldung, Bar Ferdinand von Bulgarien werde an den Hochzeitsfeierlichkeiten in Potsdam teilnehmen. Nach den Informationen des Blattes sei diese Nachricht vollkommen aus der Luft gegriffen.

Köln, 17. Mai. Nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ hat Staatssekretär von Tirpitz auch in seinem Kessler eine Untersuchung veranlaßt, ob etwa Beamte des Reichsmarineamtes an den angeblichen Verfehlungen bei Krupp beteiligt gewesen sind. Die Untersuchung sei jetzt mit dem Ergebnis abgeschlossen, daß sich keinerlei Verdacht rechtfertigen lasse.

Berlin, 17. Mai. Wie die „Post. Ztg.“ hört, ist neben ein königlicher Erlaß über eine Erweiterung der Anrechnung der Hilfsbeamtendienstzeit auf Grund des Pensionsgesetzes ergangen. Von der bisher allgemein vorgesehene Kürzung der Hilfsbeamtendienstzeit soll abgesehen werden. Das Ausscheiden eines fähigen Hilfsbeamten zur Ableistung der aktiven Militärdienstzeit soll als Unterbrechung der Hilfsbeamtendienstzeit nicht mehr zu gelten haben.

Stuttgart, 17. Mai. Die württembergische Abgabenerlenkungskommission beschloß, die Regierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß der Staatsbahnwagenverband zur Betriebsmittelgemeinschaft der deutschen Eisenbahnen ausgetreten werde.

Ventzen, 17. Mai. Gestern früh fehlten 2599 Grubenarbeiter, abends 540, heute früh 1300, was der üblichen Zahl der Fehlenden entspricht. Der Streik ist somit beendet. In der Zeit vom 1. bis 15. Mai wurden im oberelsässischen Revier 33 903 Kohlenwagen gestellt gegen 129 444 in der gleichen Zeit des Vorjahres, somit 85,51 oder 66,1 Prozent weniger.

Rusland.

Reservistenentlassung in Oesterreich.

Wien, 17. Mai. Die „Militärische Rundschau“ ist zu folgender Mitteilung ermächtigt: An die Korpskommandanturen des ersten bis einschließlich des vierzehnten Korps erging ein Erlaß, wonach alle Reservisten der Jahrgänge von 1909 und 1908 zu entlassen sind. Die Entlassung umfaßt etwa 35 000 Mann. Ferner wurde die teilweise Entlassung der Jahrgänge der Ersatzreserve 1910 und 1911 in der Gesamtzahl von etwa 15 000 Mann verfügt. Die Zahl der zu entlassenden Reservisten und Ersatzreserveisten beträgt somit etwa 50 000 Mann. Aus dem Bereich der Korps in Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien finden vorläufig keine Entlassungen der einberufenen Mannschaften statt.

Wien, 17. Mai. Die Abendblätter haben in der letzten Zeit aus Albanien allerhand Gerüchte über Ghasd Pascha verbreitet. Wenn dieser auch bis jetzt nicht irgendwie mit seinen Plänen hervorgetreten ist, so ist doch wohl gewiß, daß sich Einflüsse auf ihn geltend machen, die ihn zu einer Sonderaktion veranlassen möchten. Diese Pascha bestimmte Oesterreich-Ungarn und Italien trotz der Aufhebung der

Mokade für alle Fälle je ein Kriegsschiff nach Durazzo zu delegieren.

Wien, 17. Mai. Wie das Wiener Korrespondenz-Bureau erfährt, enthalten die in der Presse verbreiteten Nachrichten über das albanische Statut vollkommen der Authentizität. Dieses Statut kann nicht Gegenstand einer Information sein, so lange es der Prüfung durch die Reichstagskommission in London unterliegt, deren Verhandlungen geheim gehalten werden.

Schlechte Aussichten für die Friedenskonferenz.

London, 17. Mai. Obwohl die erste Friedenskonferenz schon am Montag stattfinden sollte, waren bis gestern spät abends noch keine Bestimmungen getroffen. Die Edward Grey verließ übrigens London, und da er bei der formalen Eröffnung zugegen sein wird, scheint keine Aussicht vorhanden, daß die Konferenz vor Mitte der nächsten Woche beginnt. In diplomatischen Kreisen herrscht vorläufig noch keine hoffnungsvolle Stimmung, was die schnelle Unterzeichnung der Friedenspräliminarien angeht. Man fürchtet, daß Serbien seine Forderungen nicht zurückgeben und Bulgariens schwierige Lage ausbeuten will, um unbedingt den Bezirk von Monastir festzuhalten. Bulgarien erklärt sich bereit, in Erfüllung der Wünsche der Großmächte, den Präliminarien beizutreten, wenn nötig, allein zu unterzeichnen. Das eigentliche Motiv zu Bulgariens Drängen zur Unterzeichnung des Friedensvertrages sei sicher der dringende Wunsch, das immer noch vor Tschabalda liegende Heer frei zu bekommen. Die Lage gilt deshalb als sehr delikat.

Wien, 17. Mai. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Großvezir Mahmud Scherif Pascha äußerte sich in einer Unterredung über die Friedensfrage folgendermaßen: Die türkischen Delegierten sind beauftragt, alle Verschleppungsversuche, die der Türkei enorme Mehrausgaben verursachen, energisch entgegenzutreten. Der Großvezir teilte gleichzeitig mit, daß alle Gerüchte über direkte Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien aus der Luft gegriffen wären.

Serbien wiegelt ab.

Belgrad, 17. Mai. In der Besprechung der serbisch-bulgarischen Beziehungen erklärt „Samouprava“, daß Serbien nicht im entferntesten daran denke, Bulgarien anzugreifen. Die schwebenden Fragen sollen im Wege freundschaftlichen Gedankenaustausches zwischen der serbischen und bulgarischen Regierung geregelt werden. Serbien habe in territorialer Hinsicht von Bulgarien nichts zu fordern und werde alles tun, um einem Konflikt mit den Verbündeten vorzubeugen. Die serbische Regierung im Rahmen der legitimen serbischen Interessen alles daran setzen, daß das Bündnis zwischen Serbien und Bulgarien erhalten bleibe.

Belgrad, 17. Mai. Den Blättern zufolge sollen im Laufe der nächsten Woche die Reservisten des dritten Aufgebots entlassen werden.

Zulassung der internationalen Seerechtskonferenz.

Kopenhagen, 17. Mai. Die Internationale Seerechtskonferenz hielt heute Vormittag unter dem Präsidenten der dänischen Abteilung noch ihre Schlußsitzung ab. Besprochen wurde die Seevereisicherung zur Kriegszeit. Die durch Beauchamps eingeleitete Diskussion beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Gegensatz zwischen der englischen Art und Weise und dem kontinentalen System, das in Kriegsfällen die Vereisicherung ausbezahlt, während sie in England annulliert wird, wenn sie für Schiffe gesichert ist, die einer feindlichen Macht angehören. Mehrere Redner sprachen sich dafür aus, daß das englische Gesetz in diesem Punkte aufgehoben werden müsse, während die englischen Vertreter erklärten, daß England niemals darauf eingehe. Zum Vizepräsidenten wurde Franz-Belgien gewählt. Murray schlug als nächsten Konferenzort Glasgow vor. Der Vorschlag wird erwogen werden. Nachdem die verschiedenen Repräsentanten der fremden Nationen mit warmen Worten ihre Freude über den Aufenthalt in Kopenhagen und das Resultat der Kongressverhandlungen ausgedrückt hatten, erklärte der Präsident noch den Kongress für geschlossen.

Kopenhagen, 17. Mai. An Stelle des verstorbenen Präsidenten Erzellenz Beerwart wurde der Belgier Le Jeune zum Präsidenten der Seerechtskonferenz gewählt.

Kleine Meldungen.

Wien, 17. Mai. An der Wiener Universität ist es heute zu einem Zusammenstoß zwischen deutschen und österreichischen Studenten gekommen. Es entstand ein Handgemenge, bei dem auf beiden Seiten zahlreiche Studenten verletzt wurden.

Paris, 17. Mai. Der Kriegsminister Etienne unterbreitete dem Ministerrat einen Gesetzentwurf zur Deckung der notwendigen Ausgaben, um die im Oktober freierwerbende Klasse unter den Zahlen zu behalten. Der Gesetzentwurf wird am Montag der Kammer vorgelegt werden.

Paris, 17. Mai. Der Kostenboranschlag für die Einbehaltung der im Oktober freierwerbenden Jahresschiffe unter den Zahlen erreicht die Summe von ungefähr 400 Millionen Franken. Ueber die Deckung der Kosten ist in der Gesetzesvorlage nichts enthalten. Es wird also für diese Vorlage und für diejenige betreffend die für die Bewaffnung geordneten 420 Millionen Franken eine Einnahmequelle in Höhe von mehr als 800 Millionen Franken beschaffen werden müssen.

London, 17. Mai. Bei der Erziehungswahl in Newmarket für den verstorbenen Liberalen Kofe wurde der Unionist Pender mit 521 Stimmen ins Unterhaus gewählt. Penders liberaler Gegner Nicholls erhielt 440 Stimmen.

Madrid, 17. Mai. Amtlich wird ein Abkommen zwischen Spanien und Italien veröffentlicht, wodurch der Zustand der Gleichberechtigung in der spanischen Zone in Marokko und Libyen eingeführt wird.

Kalcutta, 17. Mai. Die Polizei hat neunzehn geachtete Bengalesen unter der Beschuldigung verhaftet, sich gegen die Krone verschworen zu haben. Die Verhaftungen haben in Eingeborenenkreisen ungeheures Aufsehen hervorgerufen.

Rudben, 17. Mai. Die Fürsten der inneren Mongolei erhalten Anweisung, Vertreter in die vom Generalgouverneur gebildete Kommission für die Ausarbeitung eines Reformprojekts der inneren Mongolei zu entsenden.